

**CDU****KLARTEXT**  
mein Newsletter!**Holger Müller**Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Abgeordneter für Bergisch Gladbach und Rösrath  
Sportpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Nr. 64 | 5. Jg. | 15/3 | 16. Juli 2010

## "Koalition der Einladung" ist reine Augenwischerei

Nun ist es also wahr geworden: Frau Kraft (SPD) ist Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen. Da sie einer Minderheitsregierung vorsteht, ist sie zumindest auf die Tolerierung durch andere Fraktionen angewiesen. Das kann nach Lage der Dinge durch die Linke sein. Ständig sprechen die Ministerpräsidentin und die Minister und die Redner der SPD und der Grünen von der Einladung an alle Fraktionen und schauen zur CDU und die FDP, meinen können Sie aber nur die Linken. Warum? Weil in den Plenarsitzungen gestern und heute von SPD und Grünen ausschließlich Anträge eingebracht wurden, die entweder die Abschaffung von Reformprojekten von Schwarz-gelb beinhalteten (Abschaffung der Studiengebühren, Abschaffung der Kopfnoten, Wiedereinführung der Grundschulbezirke, Stärkung der kommunalen Betriebe, Wiedereinführung der erweiterten Mitbestimmung) oder die völlige Änderung unseres dreigliedrigen Schulwesens (und damit in letzter Konsequenz die Abschaffung von Realschulen und Gymnasien, auch wenn sie das bestreiten) in Angriff nehmen. Dem können und dem wollen wir auch gar nicht zustimmen, weil es unseres Erachtens verheerende Folgen für die Qualität des Schulwesens haben wird. Deshalb ist die aber auch in jeder Rede vorgetragene Floskel der "Koalition der Einladung" eine reine Augenwischerei, die auch nicht ernst gemeint ist, sondern die Menschen in unserem Lande mit einer "netten" Semantik darüber hinwegtäuschen soll, dass hier ein Großangriff auf die Ausbildung unserer Kinder vernebelt werden soll. Unser Fraktionsvorsitzender Karl-Josef Laumann sagte dazu, rot-grün könne

doch nicht zuerst unsere Dörfer abbrennen, und uns dann zum Kaffee einladen. Ein treffender Vergleich! Die erste Analyse des rot-grünen Koalitionsvertrags führt aus, dass es auch in fast allen anderen Bereichen fröhlich weitergeht.

**Rot-rot-grün eine Erfindung der CDU? Keineswegs!** Ein Beispiel: die Linken beantragten einen sofortigen Abschiebestopp für Roma aus dem Kosovo. Der Innenminister Jäger (SPD) sprach dagegen. Und jetzt die Abstimmung: die Linken für den Antrag, CDU und FDP dagegen, SPD und Grüne enthielten sich. Antrag abgelehnt. Dann ein modifizierter Entschließungsantrag von SPD und Grünen. SPD und Grüne dafür, CDU und FDP dagegen, Linke enthielten sich. So funktioniert das Linksbündnis. Wenn rot-grün gegen die Linke ist, müssen CDU und FDP aushelfen, ansonsten enthalten sich die Linken, damit rot-grün eine Mehrheit hat. So ging das gestern und heute bei zahlreichen Abstimmungen. Und es gab auch eine Zusatzvariante: wenn eine von SPD und Grünen gewünschte direkte Abstimmung drohte schief zu gehen, wurde die direkte Abstimmung von den Antragstellern zurückgezogen und in den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung verwiesen. Sicherlich um Zeit zu gewinnen. So geschehen bei der von den Linken beantragten sofortigen Abschaffung der Studiengebühren, die rot-grün wegen der dann offenen Finanzierung der Universitäten nicht mittragen wollte. Ich nenne dieses Verhalten charakter- und prinzipienlos. **Brandaktuell!!! Jetzt ist er da: der erste gemeinsam gestellte Antrag von SPD, Grünen und Linken! Es geht doch....**

**Holger Müller und sein Team wünschen einen schönen und geruhsamen Sommer und erholsame Ferien!**

Übrigens: vom 26. Juli bis 8. August bleiben beide Büros in Düsseldorf und Bergisch Gladbach geschlossen.

### IMPRESSUM

Herausgeber: Holger Müller MdL | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf | Telefon: 0211 884 22 63 | Telefax: 0211 884 33 68 | E-Mail: holger.mueller@landtag.nrw.de  
Wahlkreisbüro: Hauptstraße 164b | 51465 Bergisch Gladbach | Telefon 02202 936 95 14 | Redaktion: Holger Müller, Lennart Höring | Gestaltung: Lennart Höring | Versand per E-Mail  
Internet: www.klartext-mueller.de | Twitter: www.twitter.com/klartextmueller | Facebook: www.facebook.com/klartextmueller | **Zum An-/Ab-/Ummelden genügt eine kurze E-Mail.**

## CDU-Fraktionsvorstand, Vorsitzende und Sprecher gewählt

Nachdem Karl-Josef Laumann vor einer Woche zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde, haben die CDU-Landtagsabgeordneten nun am 15. Juli 2010 den restlichen Fraktionsvorstand, die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse der CDU sowie die Sprecher gewählt. 1. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender ist der Aachener Armin Laschet geworden, der bei der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden unterlegen war. Zudem gehören dem Fraktionsvorstand sieben weitere Stellvertreter an: Peter Biesenbach, Ursula Doppmeier, Josef Hovenjürgen, Klaus Kaiser, Lutz Lienenkämper, Andrea Milz und Norbert Post. Justitiar bleibt Dr. Wilhelm Droste, neuer Finanzbeauftragter der Fraktion ist Manfred Palmen.

Zudem wurden die von der CDU gestellten Ausschussvorsitzenden und Stellvertreter benannt und **für alle Ausschüsse ein Sprecher gewählt:**

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration: **Peter Preuß**

Unterausschuss "Integration": **Michael Solf**

Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr: **Bernhard Schemmer**

Ausschuss für Frauenpolitik: **Maria Westerhorstmann**

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend: **Bernhard Tenhumberg**

Haupt- und Medienausschuss: **Andreas Krautscheid**

Ausschuss für Europa und Eine Welt: **Ilka von Boeselager**

Haushalts- und Finanzausschuss: **Christian Weisbrich**

UA "Personal" im Haushalts- und Finanzausschuss: **Manfred Palmen**

UA "Landesbetriebe und Sondervermögen" im Haushalts- und Finanzausschuss: **Bernd Krückel**

Ausschuss für Haushaltskontrolle: **Rolf Seel**

Innenausschuss: **Theo Kruse**

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie:

**Dr. Michael Brinkmeier**

Ausschuss für Kommunalpolitik: **Bodo Löttgen**

Kulturausschuss: **Monika Brunert-Jetter**

Petitionsausschuss: **Hubert Kleff**

Rechtsausschuss: **Harald Giebels**

Ausschuss für Schule und Weiterbildung: **Thomas Sternberg**

Sportausschuss: **Holger Müller**

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: **Rainer Deppe**

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: **Hendrik Wüst**

UA "Bergbausicherheit": **Josef Wirtz**

## Der 14. und 15. Juli waren keine guten Tage für NRW

Am Mittag des 14. Juli ließ sich Hannelore Kraft mit Hilfe der Linken zur Ministerpräsidentin wählen. Im ersten Wahlgang verpasste sie noch die nötige absolute Mehrheit, im unmittelbar folgenden zweiten Wahlgang reicht nach Landesverfassung die einfache Mehrheit. Und die sie mit den Stimmen von SPD und Grünen (90) gegen die Stimmen von CDU und FDP (80) bei Enthaltung der 11 Linken. Unmittelbar im Anschluss wurde sie vereidigt.

Bei dem Kabinett fällt folgendes auf: während die Grünen ihre erste Garnitur ins Kabinett geschickt haben, sind bei der SPD nur mit Gunt-

ram Schneider (DGB-Chef NRW) Ute Schäfers bekannte Namen. Letztere aber auch nur deshalb, weil sie 2005 einen massiven Lehrermangel und 5 Millionen ausfallende Unterrichtsstunden hinterlassen hatte. Deshalb hat man ihr wohl auch nicht mehr das Bildungsministerium übertragen, sondern das Ressort Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport.

## Landrat soll "Polizeichef" bleiben

In der Kreistagssitzung am 14. Juli attackierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Zorn den Landrat Menzel wegen der Zusammenlegung der Polizeiwachen im Nordkreis mit scharfen Worten. Dieser Zusammenlegung hatte der Polizeibeirat vorher zugestimmt. Ich erwi-

derte ihm, dass es gut sei, dass die Polizei bei unserem Landrat bleiben solle und nicht in eine Riesenbehörde in Köln eingegliedert werden dürfe. Dieses hatte bis 2005 rot-grün gefordert. Herr Zorn stimmte dem dann auch zu. Also, was sollte das Ganze?

## Erste Analyse des rot-grünen Koalitionsvertrags - was ist wichtig für die Kommunen?

Anfang der Woche haben rot und grün ihren Koalitionsvertrag unterschrieben. Als Minderheitsregierung ist uns allen klar: da sitzt auch die Linke irgendwie mit im Boot. Denn ohne sie geht es ja nicht.

Auf einige - meiner Meinung nach wesentliche - Aspekte daraus möchte ich Sie gerne hinweisen:

### Neuverschuldung steigt massiv an

Die Neuverschuldung soll nach Vorstellung der neuen Landesregierung nochmals um 3,1 Milliarden (!!!) Euro steigen. Insgesamt beträgt sie dann mehr als 9 Mrd. Euro. Der neue rot-grüne Etat wird zu 18 Prozent (!!!) über Schulden finanziert - griechische Verhältnisse in NRW!



### Steuern werden wieder eingeführt

Aus guten Gründen und nach langen Debatten haben CDU und FDP erst vor kurzer Zeit die Jagdsteuer abgeschafft. Diese soll sofort wieder eingeführt werden.

### Thema Wahlen

Die Wahlen zu den Räten und Hauptverwaltungsbeamten (Landräte, Bürgermeister) soll wieder verbunden werden, vielleicht schon beim nächsten Wahltermin. Dazu wird darüber nachgedacht, die Wahlzeit der Räte/Kreistage zu verlängern. Außerdem sollen die Stichwahlen wieder eingeführt werden. Doch damit wird es nicht mehr Legitimierung der Hauptverwaltungsbeamten geben, da in der Regel eher weniger Menschen bei den zusätzlichen Wahlterminen auch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Bei Kommunalwahlen sollen auch Nicht-EU-Ausländer in NRW ein Wahlrecht erhalten, bei Landtagswahlen soll das Wahlalter auf 16 (bisher 18) abgesenkt werden.

### Gebührenfreiheit in Kitas kostet Millionen

Die von rot-grün angestrebte Beitragsfreiheit von Kindertagesstätten wird den Landshaushalt mit über 450 Millionen Euro belasten. Jährlich! Das Geld hätte man unserer Meinung nach besser in die Qualität gesteckt. Denn: viele Familien mit geringem Einkommen zahlen schon heute wenig bis gar keine Gebühren.

### Schulchaos vorprogrammiert?

Das, was im Koalitionsvertrag zum Thema Schule steht, wird unser System nicht besser machen, sondern eher chaotischer. Vor Ort soll im Konsens entschieden werden, ob Gemeinschaftsschulen entstehen. Vor Ort soll entschieden werden, ob das Abitur nach acht oder neun Jahren abgelegt wird. Das Land verlagert damit die Verantwortung, aber auch die Konflikte, auf die Kommunen!

Es wird ein regelrechter Schulflickenteppich entstehen, der unser Schulsystem landesweit chaotischer machen wird. Durch mehr Schulden soll der Ganztags an Gesamtschulen ausgebaut werden. Die Grundschulbezirke sollen wieder - auch freiwillig vor Ort - eingeführt werden können. In den örtlichen

Medien war ja schon zu lesen, dass z. B. in Bergisch Gladbach so gut wie keiner den Grundschulbezirken nachtrauert.

Und abschließend sollen die Studiengebühren sofort bis schnellstens (so einig ist man sich im Dreierbündnis nicht) abgeschafft werden. Obwohl viele Universitäten und viele Studierende diese Gebühren, die direkt bei den Hochschulen ankommen, inzwischen positiv bewerten. Das wird den Landshaushalt mit Millionenbeträgen belasten - bezahlt durch neue Schulden.

### Umwelt und Verkehr

Auch das ging schon durch die Medien: Im Bereich Straßeninfrastruktur soll zukünftig verstärkt in den Erhalt statt in neue Straßen investiert werden. Für den Autobahnzubringer über den Bahndamm bedeutet das wahrscheinlich das Aus für den Bahndamm, weil man die Mittel vom Neubau in die Sanierung umschichten will und nur die Projekte des Straßenbedarfsverkehrsplans weiterplanen will, für die heute Baurecht besteht. Was tatsächlich passieren wird, bleibt abzuwarten.

Durch die Überarbeitung des Windenergie- und des Repoweringerlasses werden Windkraftanlagen auch viel näher an Wohngebieten und deutlich höhere Anlagen möglich. Insgesamt sollen 2 % (!!) der Landesfläche als Vorranggebiete für Windenergienutzung festgelegt werden.